

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION KITZINGEN

Landratsamt Kitzingen
Frau Landrätin
Tamara Bischof

Kaiserstr. 4
97318 Kitzingen

Sehr geehrte Frau Landrätin, die SPD Kreistagsfraktion bittet um die Beantwortung der Fragen und um die Aufnahme in die Tagesordnung des nächsten zuständigen Ausschusses

1. Fehlender bezahlbarer Wohnraum

Nach wie vor verschärft fehlender bezahlbarer Wohnraum die Wohnungssituation auch im Landkreis Kitzingen. Steigende Mietpreise macht es für einkommensschwache Menschen im Bezug von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII daher noch schwieriger bzw. fast unmöglich, eine Wohnung zu finden, die preislich den Vorgaben des Landratsamtes entspricht. Wohnungen, die z.B. für eine/n Alleinstehende/n mehr als 210 € bzw. 220 € kalt je nach Gemeinden kosten, werden aufgrund unserer seit 01.06.2013 unverändert gültigen Mietpreistabelle nicht vom Jobcenter (SGB II) bzw. Sozialamt (SGB XII) nicht mehr gefördert. Damit werden dann auch keine einmaligen Hilfen z.B. Darlehen, Mietkautionen sowie Umzugs- und Renovierungskosten gewährt.

Da das Landratsamt verpflichtet ist, regelmäßig die aktuellen Kosten für Mietwohnungen im Einzugsbereich zu erheben, stellen sich für uns folgende Fragen:

Werden in regelmäßigen Abständen die aktuellen Kosten im Einzugsbereich des LRA Kitzingen erhoben?

Wenn ja, zu welchen Ergebnissen kommt die zuständige Verwaltung?

Wäre nicht, aufgrund der gestiegenen Mieten und Nebenkosten eine Anpassung der Mietobergrenze an die tatsächlichen Verhältnisse dringend erforderlich?

2. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren:

Die SPD Kreistagsfraktion erhielt Kenntnis, dass trotz des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz der Bedarf unserer Erfahrung nach bei weitem nicht gedeckt werden könne.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, besonders bei Alleinerziehenden ohne unterstützendes soziales Umfeld, gestaltet sich nach Angaben der Beratungsstellen daher schwierig bis unmöglich. Klientinnen, deren Kinderbetreuung, z. B. durch schwere Erkrankung des betreuenden Großelternteils, wegbricht, müssen ihren Arbeitsplatz aufgeben bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren und werden abhängig von Leistungen des Jobcenters (was sie unbedingt vermeiden wollten).

Nicht nur Krippenplätze, sondern auch Tagesmütter/-väter fehlen angeblich.

Für die Vermittlung von Tagespflegepersonen ist das Landratsamt zuständig
Uns ist sehr wohl bewusst, dass die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeit viel macht um Abhilfe zu schaffen. Wir halten es darüber hinaus für dringend erforderlich, die Suche nach Tagesmütter zu intensivieren und offensiver in der Öffentlichkeit dafür zu werben, um einen größeren Pool an qualifizierten Tagespflegepersonen vorhalten zu können.

Mainbernheim, 24.10.2016

Mit freundlichen Grüßen

Robert Finster
Fraktionsvorsitzender

Heidi Reitmeier
Kreisrätin/Sozialreferentin

Astrid Glos
Kreisrätin